

# B R I V

Erscheint monatlich 2 mal  
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des  
**Bundes revolutionärer Industrie-Verbände**

Einzel-Nummer 10 Pfg.  
Vierteljahresabonnement  
durch die Post 90 Pfg.

1. April 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II  
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0488.

5. Jahrgang Nr. 4

## Aussprechen, was ist! / Die Lehren des 13. März

Immer, wenn man um die Stimmen der Wähler buhlt, werden die größten Versprechungen gemacht. Daß davon gar nichts oder wenig gehalten wurde, sollten die Wähler allmählich erkannt haben. Wenn die Gewählten erst einmal in ihre gesicherten Positionen reingerutscht sind, vergessen sie all das, was sie ihren Wählern versprochen haben.

Die am 13. März stattgefundene Wahl zum Reichspräsidenten ist auf gleiche Linie zu bewerten.

Der Arbeiterschaft hat diese Wahl eine Ueberraschung gebracht. Der große Erfolg der Hindenburg-Front, wo sich alle Parteien, von der Deutschen Volkspartei bis zur SPD, vereinigt hatten, ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, mit welchem Aufwand von Agitationsmitteln sich diese Parteien für die Wiederwahl des Feldmarschalls Hindenburg einsetzten, wie diesen alles, aber auch alles, zur Agitation zur Verfügung stand. Daß die Hitler-Front es auf nahezu 11 1/2 Millionen (gegenüber 1930 ein Zuwachs von 5 Millionen) bringen konnte, straft den SPD-Ausführungen, die im September vorigen Jahres behaupteten, daß die Nazi-Bewegung zum Stillstand gekommen sei, Lügen, und beweist, daß breite Schichten des Bürgertums, die durch die Wirtschaftskrise ihren Untergang vor Augen sehen, das Dritte Reich als den Hoffungsstern, der sie noch einmal erretten wird, betrachten. Dies umsomehr, als sie gemäß ihrer Einstellung sich nicht mit der Proletarisierung ihrer bürgerlichen Kaste einverstanden erklären können, glauben, sich nicht einreihen zu dürfen in die Klasse der Ausgebeuteten, da ja ihre Hoffnung stets war, selbst einmal emporzusteigen und Ausbeuter zu sein.

Diese Gedankengänge kreisen in den Reihen der Geschäftsleute, die nur vom Proletariat existieren können, bis hinauf zu den Technikern, Ingenieuren, Direktoren und sonstigen bürgerlichen Existenzen.

Bei der Aussichtslosigkeit, irgendwie aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen, ist für diese der letzte Rettungsanker das Dritte Reich — Adolf Hitler, der ihnen verspricht, auf Kosten der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiter, die im Nazireich ja als Untermenschen betitelt werden, den bürgerlichen Schichten wieder eine bessere Daseinsmöglichkeit zu verschaffen.

Die realen Wirtschaftsverhältnisse würden bei der Uebernahme der Macht durch die Nazis sehr bald bei jenen Schichten, die auf Hitler tippen, eine Ernüchterung bringen.

Der einzige Vertreter der Arbeiterschaft war Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei. Diese Kandidatur war eine Sammlung derjenigen, die sich bewußt waren, daß nicht mit dem Stimmzettel dieses Ausbeutungssystem zu beseitigen ist, daß zur Beseitigung des kapitalistischen Profitsystems der außerparlamentarische Klassenkampf notwendig ist.

Die Wahl hat gezeigt, daß breite Kreise der Arbeiterschaft trotz aller Not, trotz millionenfacher Erwerbslosigkeit diese Erkenntnis noch nicht besitzen, sondern sich noch in der bürgerlichen Illusion wiegen, daß der Kapitalismus ihnen wieder Arbeit und Brot bringen kann und sie deshalb das kleinere Uebel wählen oder aber daß sie, nachdem sie von allen Parteien sich enttäuscht und betrogen fühlen, nunmehr den Versuch mit Hitler als den neuen Hoffungsstern machten.

Wie wäre sonst ein solches Ergebnis möglich bei mehr denn 6 Millionen Erwerbslosen, von denen mit Angehörigen doch mindestens 50 Proz. als hungernde Proletarier zu betrachten sind und trotzdem die kommunistischen Gruppen der KPD-O., des Lenin-Bundes und die neue von der SPD. abgesplitterte Partei der SAP. gleichfalls die Parole „wählt Thälmann“ herausgegeben hätten? Zieht man daher das Ergebnis der Wahl von 1930 heran, das der Kommunistischen Partei nahezu 4 600 000 Stimmen brachte, berücksichtigt man, daß 12 Proz. mehr Wähler bei dieser Reichspräsidentenwahl an die Urne gingen, dann muß man offen aussprechen, daß der Glaube an die Kommunistische Partei als die Partei des ausgebeuteten und entrechteten Proletariats nicht gewachsen, sondern geschwunden ist und sie es trotz Notverordnungen, trotz Lohnabbau, trotz ungeheuren Abbaus der Sozialversicherungen mit Hilfe der

SPD. nicht verstanden hat, die verelendeten Massen zu einer Klasseneinheit unter ihrer Fahne zu vereinigen.

Welche Gründe liegen hier vor, die diese so notwendige Sammlung verhinderten? Seit Jahren schreit die KPD. nach Einheitsfront und doch ist sie es, die jeden Ansatz einer proletarischen Einigung von unten sofort zerschlägt, wenn diese sich nicht bedingungslos unter ihre Führung stellen.

Diese Feststellungen müssen wir leider in allen proletarischen Organisationen ob Sport-, Kultur-, Partei oder Gewerkschaften, selbst in den Reihen der Erwerbslosen, machen. Jeder, der durch eine dieser Organisationen gegangen und miterlebt hat, daß er, trotzdem er als Klassenkämpfer sich dort einreichte, von der Klassenkampfpartei als Renegat, Konterrevolutionär, Faschist usw. bezeichnet wurde, wenn er nicht sein eigenes Denken aufgab, wenn er wagte, an Mißständen Kritik zu üben, wenn er sich nicht vollkommen unterordnete unter das Diktat dieser Partei, wird übergenug davon berichten können.

Das deutsche Proletariat hat seit 1914 eine harte Schule hinter sich. Es hat gelernt, alle politischen Aktionen mit einem gewissen Mißtrauen zu betrachten, es hat zum Teil den Glauben an sich selbst verloren. Hieraus rekrutiert sich auch das skeptische Gegenüberstehen in der Frage einer Einheitsfront, umsomehr, wenn man miterlebt hat wie die Organisationen zerschlagen wurden, die bestrebt waren und sind, sich vom Reformismus loszulösen, jedoch ihr Eigenleben nicht dem einer Partei unterordnen wollen.

Das sind die Sünden einer Partei, die wir gerade im gegenwärtigen Stadium des riesenhaften Anwachsens der faschistischen Gefahr stark und mächtig brauchen, die allen Proletariern Führerin und Wegweiser sein müßte.

Wenn die Führer ein Verantwortungsgefühl für die Klasse, die sie vertreten, in sich tragen würden, dann müßten sie aus dem Ergebnis dieser Wahl lernen, lernen, daß sie, um die Massen des Proletariats mit den Ideen des Kommunismus zu durchdringen, sie für diesen zu gewinnen, in Deutschland die Massen der in den verschiedensten Organisationen sich befindenden Proletarier nicht bevormunden dürfen, sondern Wegweiser sein müssen, um als Klassenkampfpartei die gesamte Klasse für sich zu gewinnen.

In krassem Widerspruch hierzu steht jedoch die marktschreierische Reklame der Roten Fahne vom 15. März mit der Ueberschrift: „Jeder Thälmann-Wähler ein RGO.-Kämpfer.“ Millionen in Deutschland lehnen die reformistischen Gewerkschaften ob ihres Verrats an der Arbeiterklasse ab und haben ihnen den Rücken gekehrt. Sie lehnen jedoch genau so scharf die RGO.-Politik ab, weil sie gesehen haben, daß die freien Gewerkschaften die ausführenden Organe der SPD.-Politik sind und weil sie wissen, daß die RGO. und ihre Einheitsverbände unter dem Diktat der Kommunistischen Partei stehen und daß Gewerkschaften, die unter dem Diktat einer politischen Richtung stehen, niemals die Interessen der Klasse, sondern die der Partei in den Vordergrund stellen.

Weil also dort dasselbe wie bei den Reformisten geschieht, stehen diese Millionen gewerkschaftlich abseits; nur zum Teil schließen sie sich den Organisationen wie Industrie-Verbände, Syndikalistinnen, an. Diese haben um ihre Selbstständigkeit täglich den Kampf mit der Partei zu führen.

In diesem Millionenheer der Abseitsstehenden ist aber ein großer Teil revolutionärer Klassenkämpfer vorhanden. Für sie gab es nur eins, dem Vertreter ihrer Klasse ihre Stimme zu geben. Daraus nun zu folgern, daß diese nun auch RGO.-Kämpfer werden müssen, zeigt wiederum, daß man mit der Parole „Klasse gegen Klasse“ Schindluder treibt, daß man keine Klasseneinheit sondern Parteiunterordnung will. Die Arbeiter in Deutschland, die die Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Partei seit 1920 verfolgt haben, mal rein, dann wieder raus, dann RGO. und Einheitsläden (natürlich lokale) dann wieder drin bleiben in den nach Aussprüchen der Herausgeber dieser Pörolen „sozialfaschistischen, konterrevolutionären, gel-

ben, reformistischen Gewerkschaften“ und zugleich RGO.-Mitglied sein und wer das dann nicht mitmacht wird genau so ein Renegat und Faschist, werden durch diese Gewerkschaftspolitik irregemacht und bewußt in das Lager des Indifferentismus getrieben. Jeder, der nur einen kleinen Teil hiervon miterlebt hat und dann den Artikel „Jeder Thälmann-Wähler — ein RGO.-Kämpfer“ gelesen hat, hat sich an den Kopf gefaßt und gefragt, ob der Artikelschreiber noch normal sein kann.

Diese Gewerkschaftspolitik hat nicht zur Einheit der Arbeiterklasse beigetragen, sondern weiteren Arbeitermassen das Vertrauen zu ihrer Klasse und zur Führung der Kommunistischen Partei geraubt.

Tausende können aber auch die politische Linie der Kommunistischen Partei mit dem Scheringerkurs (nationales Programm) nicht verstehen, da ihre einfachen Gedankengänge als Proletarier es nicht fassen, wie eine Arbeiterpartei den Nationalbolschewismus propagieren kann, während im täglichen Leben die Intrigen des Kapitals die Arbeiterklasse international zum Abwehrkampf zwingen.

Revolutionäre Arbeiter, auch wenn sie durch das Mitgliedsbuch der Partei oder der RGO. nicht erst zu Klassenkämpfern gemacht werden, die aber von der Richtigkeit der kommunistischen Lehre, wie sie im kommunistischen Manifest verankert ist, überzeugt sind, wissen, daß der einzige Weg des Proletariats aus seiner Knechtschaft die Niederringung des Kapitalismus und seiner Helfershelfer, Reformismus und Faschismus ist, daß aber auch hierzu notwendig ist die Klasseneinheit aller Ausgebeuteten.

Die Kommunistische Partei hat am 13. März eine Niederlage erlitten, aber der Kommunismus ist damit nicht geschlagen.

Die unfähige Führung hat eine Lehre erhalten. Sie sollte lernen, daß ihre jetzige Politik die Masse nicht dem Kommunismus, sondern dem Gegner zutreibt. Wird sie diese Lehre beherzigen? Wir zweifeln daran. — Jetzt redet sie in ihrer Zeitung von bolschewistischer Selbstkritik, nur, um die Kritik ihrer Mitgliedschaft einzuschläfern; sie spricht von „eingreifender Wendung“, wir müssen das Gegenteil feststellen, denn mit den gemeinsten lügerischen und betrügerischen Mitteln arbeitet sie an der Zerschlagung unserer revolutionären Industrie-Verbände.

Es besteht kein Grund, an der kommunistischen Lehre zu zweifeln — das hieße sich selbst aufgeben — aber diese Niederlage ist Grund genug, ernsthaft und gründlich daraus zu lernen.

Die Eiserne Front konnte die Arbeiter der SPD. mißbrauchen und irreführen mit dem Trugbild einer überparteilichen Einheitsfront gegen den Faschismus. Hätte die Kommunistische Partei verstanden, vor der Wahl eine Einheitsfront des Proletariats herauszubilden, dann konnte nicht eintreten, was eingetreten ist.

Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht in Unterwerfung unter Militaristen, Industrielle, Pfaffen und sonstige mit dem Kapital konform Gehende geführt werden!

Die durch die freien Gewerkschaften und alle der SPD. unterstellten Kultur- und Sportorganisationen gestärkte Hindenburgfront ist eine Uebergangsbrücke zu legaler, nationalsozialistischer Mitregierung; das müssen alle linkseingestellten Proletarier erkennen. Des eingebildete Sieg dieser Hindenburg-Front wird sich daher als bittere Niederlage entpuppen, diese Wähler haben für den Faschismus die Kastanien aus dem Feuer geholt.

Die Präsidentenwahl ist für das Proletariat nicht als Entscheidungsschlacht zu bewerten; die endgültige Entscheidung liegt im außerparlamentarischen Kampf. Hierzu ist die Heranbildung der Klasseneinheit notwendig! Soll diese Klasseneinheit geschaffen werden, dann muß die Kommunistische Partei aus den begangenen Fehlern eine Lehre ziehen, damit die Massen des Proletariats ihr Vertrauen schenken, damit diese Partei als Wegweiser der gesamten Klasse der Ausgebeuteten dienen kann.

Nicht Bruderkampf, sondern Klassenkampf; nicht Parteidiktatur, sondern Klasseneinheit muß die Kraft für die kommenden Kämpfe sein.

# Immer streng legal

Wir haben schon des öfteren darüber geschrieben, daß die Nationalsozialisten trotz aller Legalitätsbeteuerungen Hitlers sich den Teufel darum kümmern, um so mehr, da sie ja nichts zu befürchten haben von der Gerichtsbarkeit, die ihnen gegenüber sehr milde zu urteilen weiß, während linksingestellte Proletarier oft wahre Schreckensurteile erfahren.

Daher berührt es eigentümlich, daß der Preußische Innenminister im Anschluß an die Präsidentenwahl vom 13. jetzt mit einmal entdeckt hat, daß die Nazis für die gewaltmäßige Uebernahme des Staatsapparates zum 13. vorbereitet waren, wenn Hitler die Mehrheit erhalten sollte.

Jeder objektive Beobachter des Wesens der NSDAP. mit ihren SA- und SS-Horden ist sich darüber klar gewesen, daß unter dem Deckmantel der Legalität sich etwas vorbereitet, das zumindest als Vorbereitung zum Bürgerkrieg zu betrachten war.

Die vielen Morde an linksingestellten Arbeitern, die Ueberfälle, vornehmlich der Ueberfall auf „Felsenack“, die Bürgerkriegsübungen der SA., bewiesen durch die Enthüllungen des kommunistischen Abgeordneten Kasper im Landtag am 21. Januar 1932, in der die militärische Ausbildung von Nationalsozialisten mit Gewehren und Maschinen- gewehren in den verschiedensten Orten unter Leitung von Militärpersonen aufgezeigt wird, haben doch klar gezeigt, wohin der Weg führt, und daß die gewaltsame Uebernahme von Seiten der Nazis vorbereitet war. — Dies ist für diese Partei um so leichter, als sie in allen Institutionen des Staates und öffentlichen Lebens ihre Führer sehr wirksam ausgestreckt hat. Wir erinnern nur an die Polizei-Affäre des Polizei-Offiziers Lange, der mit der NSDAP. konspirierte und ihr Material in die Hände spielte, das gleichfalls sehr stark nach einem gewaltsamen Umsturz roch.

Die „Rote Fahne“ hatte schon vor der Wahl darauf hingewiesen, daß in den Reihen der Hitler-Leute gewisse Vorbereitungen getroffen wurden, die darauf schließen lassen, daß die Nazis nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern mit brutaler Waffengewalt ihre Ziele zu erreichen bemüht sind. Die bürgerlichen Blätter berichten nun, daß dem Reichsinnenminister Groener diese Pläne zum Teil bekannt waren. — Groener gibt in einer Erklärung zu, davon unterrichtet gewesen zu sein, daß die NSDAP. ihre Formationen am Wahltag zusammenziehe in den Unterkunftsräumen. Dagegen hätten keine Bedenken bestanden. Daß nun plötzlich nach dem 1. Wahlgang durch den preußischen Innenminister die Veröffentlichung erfolgt, hat bei vielen die Auffassung erweckt, daß mit diesen Enthüllungen zurückgehalten wurde, um für den zweiten Wahlgang und die kommenden Preußenwahlen die Tüchtigkeit gewisser Kreise der Eisernen Front im Kampf gegen den Faschismus den Wählermassen vorzuführen.

Wir fragen, ist es verwunderlich, daß der großwahn- sinnige Adolf, der ja im Geiste bereits unumschränkter Diktator Deutschlands war, auch dafür gesorgt hat, daß seine SA- und SS-Horden Anweisung hatten, mit neuen Aufmarsch-

und Einkreisungsplänen die Städte, in denen sie den Widerstand des Proletariats zu befürchten hatten, mit Gewalt in die Hände zu bekommen?

Das Material, das der preußischen Regierung durch die angeordneten Haussuchungen in den Kasernen der Nazis in die Hände fiel, besagt, soweit davon etwas bekannt geworden ist, bereits genug. So heißt es an einigen Stellen, die polizeiliche Feststellung habe ergeben, daß ab 12. März die SA-Formationen in Alarmbereitschaft standen, was von der Münchener Befehlsstelle angeordnet war.

In den Vorbereitungen lag System. Viele Gruppen- und Unterführer hatten ernsthafte Gewaltmaßnahmen ins Auge gefaßt; daß in den Nazi-Kasernen Munition und Waffen, sogar Maschinengewehre, Sprengkörper gefunden wurden, daß ein geheimes Stichwort: „Großmutter gestorben, Max“ herausgegeben war, scheint jedoch noch nicht genügend Grund zu sein, dies als Bürgerkriegsvorbereitung zu betrachten.

Durch die vorgenommenen Haussuchungen in den Lokalen und Stammhäusern der Nazis ist sehr viel Material beschlagnahmt worden — die Prüfung dieses Materials ist abzuwarten. Inzwischen werden durch die Nazi-Hauptlinge Goering und Frank Besuche beim Reichsinnenminister Groener abgestattet, wo eine schriftliche Legalitäts-Erklärung mit den Unterschriften der gesamten Nazi-Führergarnitur abgegeben wird und worin sie erklären, daß diese Vorsichtsmaßnahmen nur getroffen waren gegen einen eventuellen Putsch der Kommunisten oder gar der Eisernen Front, es also nur eine harmlose absolut berechnete Abwehrmaßnahme sei.

Inzwischen wird auch bekannt, daß ein Großteil des beschlagnahmten Materials bei einem Freiherrn von Wechmar in Berlin gefunden wurde. Wechmar ist der Bruder des Adjutanten des Reichswehrministers Groener. — Die Brüder halten gute Beziehungen zueinander aufrecht.

Freiherr von Wechmar ist ein Führer der Nazis in Berlin.

Der RFB. wurde seinerzeit verboten, trotzdem man dort keine Dokumente für einen gewaltsamen Umsturz fand, keine Maschinengewehre, Infanteriegewehre, Sprengstoff und Munition beschlagnahmt konnte. Warum nun so furchtsam bei dieser SA? Kommunisten hätte man schneller hinter Schloß und Riegel gebracht. Will man erst zugreifen, wenn der Faschismus zur Macht gelangt ist oder fürchtet man, daß das Eingreifen von gewissen Persönlichkeiten mißbilligt werden könnte?

Wir sind daher gespannt auf die Maßnahmen, nachdem das beschlagnahmte Material gesichtet worden ist.

Die Arbeiterklasse muß hieraus erkennen, wie ernst die Situation ist und daß die Einheit aller proletarischen Kräfte die dringendste Aufgabe zur Abwehr des vor den Toren stehenden Faschismus ist. Hinweg daher mit allem Streit in der Arbeiterklasse ob diese oder jene Richtung, reicht nicht über die Köpfe der Führer hinweg die Bruderhand zum gemeinsamen Klassenkampf gegen Reaktion und Faschismus!

## Arbeitsbeschaffungsprogramm — ein elender Bluff

Der Kapitalismus hat seine Unfähigkeit bewiesen; 7 Millionen Erwerbslose, viele Millionen Kurzarbeiter, fast ein Drittel der ganzen Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit mit betroffen, leidet Hunger und Not.

Bewunderungswürdig ist die Langmut und Duldsamkeit, mit der die Arbeiterklasse alle Angriffe von Seiten der Unternehmer und des Staates gegen sich hinnimmt.

Die kapitalistische Wirtschaft ist bankrott, und doch versuchen die Unternehmer mit allen Mitteln des Terrors, mit Hilfe des Staatsapparates, die bankrotte Wirtschaft wieder auf Kosten der Arbeiterschaft aufzurichten, die Krise auf Kosten des Proletariats zu überwinden. Soll aber Hunger und Elend beseitigt, das Chaos in der Wirtschaft überwunden werden, dann muß der Weg zum Sozialismus beschritten werden, d. h. es muß Schluß mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem gemacht werden! Der Kampf gegen das kapitalistische Chaos, gegen Hunger, für Arbeit und Brot ist also ein Teil des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus. Dieser Kampf darf daher nicht zum Ziele haben die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern ihre Beseitigung.

In dieser Situation glaubt nun der ADGB., die Hirne der Arbeiter wieder einmal benebeln zu können, sie zu verströmen und ihnen einen neuen Hoffnungsschimmer zu geben. Dies um so mehr, als bei den bevorstehenden Wahlen die Arbeiterklasse hübsch artig für die Verfechter der Erhaltung des kapitalistischen Profitsystems ihre Stimme abgeben sollen. Deshalb faselt man in den Reihen des ADGB. von Arbeitsbeschaffungsprogrammen und wollte zu diesem Zweck am 23. März gar einen Krisenkongreß aufziehen, der jedoch plötzlich zurückgestellt wurde, angeblich wegen des verordneten Osterfriedens. In Wirklichkeit erfolgte die Zurückstellung wohl deshalb, weil man vom Reichswirtschaftsrat, in dem auch Fritz Tarnow vorhanden, eine kalte Dusche erhalten hat, insofern, als die von diesem herausgegebene Denkschrift klar ausspricht, daß für Arbeitsbeschaffung kein Geld zur Verfügung steht, weil es doch für andere, nützlichere Dinge, wie Subventionen an Industrie, Banken und Agrarier, für Kirche, Polizei und Militär, für abgetakelte Fürsten, für Minister- und Direktoren-Gehälter, kurzum für Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems viel nötiger gebraucht wird. Die Arbeitsbeschaffungspläne des ADGB. sind also ein elender Bluff und sollen die Angestellten und Arbeiter der freien Gewerkschaften verschärft in die Eisernen Front einspannen.

Tarnow schlug auf der Bundesausschußsitzung einen Plan vor, wonach die öffentlichen Körperschaften für etwa 2 Milliarden Reichsmark, die zu diesem Plan benötigt werden, Schuldverschreibungen ausstellen sollen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden sollen. — Eine Million Arbeiter sollte dadurch Arbeit erhalten, die Kaufkraft um 1—1½ Prozent erhöht werden.

Bachem, der Direktor der Arbeiterbank, schlägt das Wagemannsche Projekt der Schaffung sogenannten Giralgeldes, d. h. Inlandsgeld ohne Golddeckung, vor und erwartet davon eine Auftauung des sogenannten eingefrorenen Geldes. (Proleten, ist euer Geld auch eingefroren?)

Selbst Naphtali, dem Wirtschaftstheoretiker des ADGB., scheint dies zu starker Tobak zu sein, er sagt: „Wir dürfen

durch den Ruf nach Arbeit keine Illusionen in den Massen erwecken, da man durch die Verschuldung der öffentlichen Hand sehr leicht die Währung gefährden kann.

Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es möglich wäre, 1 Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen.“

Durch den Wagemannschen Plan will man inflatorische Maßnahmen und damit eine neue Welle von Preiserhöhung herbeiführen.

Woher die 2 Milliarden genommen werden sollen, bleibt ewiges Geheimnis dieser ADGB.-Geister.

Will man etwa aus den wenigen noch in Arbeit Stehenden noch mehr herauspressen durch neue Steuern?

Schon schreien die Gemeinden, daß sie pleite sind, schon wird der Vorschlag, Erhöhung der Bürgersteuer, offen ausgesprochen. Schon hat man einen Entwurf ausgearbeitet, der von den Bettelgroschen der Erwerbslosen durch eine Reform der Erwerbslosen- und Sozialversicherung noch mehr raubt.

Der ganze Plan der Arbeitsbeschaffung läuft darauf hinaus, den Privatunternehmern, vielleicht auch den reformistischen Unternehmungen, der Bau- und Malerhütte, Subventionen zur Verfügung zu stellen, um die Pleite in den Kassen der reformistischen Gewerkschaften aufzuhalten, die Flucht aus diesen einzudämmen.

Das Arbeitsministerium schlägt eine Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes, d. h. nichtbezahlte Arbeit der Erwerbslosen, vor.

Das sogenannte Krümper-System soll erstmalig im Bergbau eingeführt werden, d. h. eine 6—8 wöchentliche Auswechslung der in Arbeit Stehenden und der Erwerbslosen.

Wer etwa glaubt, daß dadurch die Lage der Erwerbslosen gebessert wird, irrt, denn dann haben die Erwerbslosen jedesmal die Karenzzeit durchzumachen, also für 14 Tage von den elenden Löhnen, die sie diese acht Wochen erhalten haben, noch so viel zurückzulegen, damit sie für die Dauer der Karenzzeit wenigstens einige Bettelpennige haben.

Wir sehen also, daß sämtliche Arbeitsbeschaffungspläne nicht dazu angetan sind, das Elend der Arbeiterklasse zu beheben, sondern sie noch mehr auszubeuten.

Nach diesem widerlichen Spiel des ADGB. wird der Reichsverband der Deutschen Industrie natürlich immer frecher und fordert, daß auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen endlich ein Zustand geschaffen werde, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht.

Die unter Krupp stattgefundene Tagung forderte weiter eine durchgreifende Reform der Arbeitslosen-Versicherung.

Da wir aus den Erfahrungen gelernt haben, daß alle Forderungen der Unternehmer vom ADGB. prompt erfüllt werden, weil er sich ja als Arzt des kranken Kapitalismus bezeichnet, so werden wir in nächster Zeit weitere Verelendung, weiteren Lohnabbau, weiteren Abbau der Erwerbslosen- und Sozialversicherung erleben.

Der wirkliche Kampf um Arbeitsbeschaffung muß deshalb der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals sein. — Wer die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft nicht will, ist auch nicht für irgendeinen Ausweg aus der Krise. Es gilt daher, alle Kräfte einzuspannen, um die Massen zum wirklichen Kampf für Arbeit und Brot — gegen das kapitalistische Chaos — für den Sozialismus zu mobilisieren.

# Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

## Bekennnis der Reformisten

In der am 16. März stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter erklärte Imhof, daß es der energischen Gegenwehr der Organisation zu verdanken ist, daß die Forderungen der Unternehmer, die Löhne um 15 Proz. abzubauen, nicht überall erfüllt worden sind. Hätten die Schlichtungsinstanzen die Unternehmer nicht so wirksam unterstützt, dann wäre die Abwehr noch viel erfolgreicher gewesen. Der Organisation ist es gelungen, den restlosen Abbau der übertariflichen Löhne zu verhindern.

Damit wissen die Kollegen Buchbinder und Papierverarbeiter, daß der Buchbinder-Verband wie ein Löwe gekämpft hat, damit die Löhne nicht überall (wir fragen wo?) um 15 Proz. abgebaut wurden.

Zu gleicher Zeit erfahren auch die Kollegen, daß die Schlichtungsinstanzen die Unternehmer bei ihren Schiedssprüchen unterstützen. — Darum wird wohl der ADGB. und alle ihm angeschlossenen freien Gewerkschaften sich auch immer mit allen Mitteln für die Erhaltung des Schlichtungswesens einsetzen.

Weiter sagte Imhof, daß der Abbau der übertariflichen Löhne abgewehrt wurde. — Wir fragen bescheiden an wo wie?

Ferner gab Imhof bekannt, daß die Berliner Lokalkasse von der Zentrale 112 000,— RM Zuschuß erhalten mußte, während sie im Vorjahre noch 17 300,— RM an die Zentrale abführen konnte. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 221 614,— RM, an Invaliden-Unterstützung 74 684,— RM gezahlt.

In Berlin wurden 24 Betriebe mit 502 Beschäftigten stillgelegt, 20 Betriebe teilweise stillgelegt.

Im Buchbindergewerbe Berlins waren am Schluß des Jahres 1931 7154 Arbeitslose registriert, davon sind 4770 Verbandsmitglieder.

Der Verlust der Mitglieder betrug im Jahre 1931 1397, so daß die Mitgliederzahl 9888 beträgt.

Diesen Bericht gibt der Vorwärts mit der Ueberschrift: „Gewerkschaften widerstehen der Krise“ zum Besten.

Wer objektiv die angeführten Zahlen nachliest, muß sich fragen, wie lange? Denn auch dieser Brunnen wird sich durch die Arbeitslosen- und Invaliden-Unterstützung ausschöpfen.

Für die Abwehr des Lohnabbaues hat diese Gewerkschaft keine Ausgaben gemacht, trotzdem ja nach Imhof so energisch gegen den Abbau der 15 Proz. gekämpft wurde.

Wir wissen ja, daß es im Wesen dieser Gewerkschaften liegt, sich als Unterstützungsvereine nicht nur gegenüber den Mitgliedern, sondern auch den Unternehmern gegenüber zu erweisen, indem sie ihnen zur Erhaltung ihres Profitsystems immer helfend zur Seite springen, helfend auch dem Staate beim Abbau der Löhne durch Notverordnung, Abbau der Sozialversicherung, Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter allgemein. Daher kann man sie mit Recht auch in dieser Hinsicht als Unterstützungsvereine betrachten.

Wer diesen Gewerkschaften angehört, macht sich mit-schuldig an den hier aufgezeichneten Verhältnissen, hilft mit zu seiner Verelendung beitragen.

## Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe abgebrochen

Nach knapp 1½tägiger Dauer sind die am 15. März aufgenommenen Verhandlungen der Tarifkommission für das deutsche Buchdruckgewerbe ergebnislos abgebrochen worden.

Die Unternehmer forderten, daß die von der Gehilfenvertretung gestellten Anträge zum Tarifentwurf zurückzuziehen seien, bevor in sachliche Verhandlungen eingetreten werden könne. Da dieses von der Gehilfenvertretung abgelehnt wurde, stellten sie einen Antrag, die Verhandlungen zu vertagen. Die Unternehmer lehnten jedoch die Vertagung ab. Damit ist Schluß der Verhandlungen eingetreten.

Es wurde betont, daß doch noch die Möglichkeit vorhanden sein müsse, das Tarifwerk im deutschen Buchdruckgewerbe zu halten, um das Gewerbe vor Anarchie zu bewahren.

Hieraus ersehen die Kollegen im Buchdruckgewerbe, daß trotz 100%iger Organisationszugehörigkeit sie vom Unternehmertum verhöhnt werden, da diese das reformistische System der Zurückweichung und Kapitalsdienerei von Seiten der ADGB-Gewerkschaften sehr gut einzuschätzen wissen; wissen, daß sie nichts zu befürchten haben, da im gegebenen Moment die Führer es immer wieder verstanden haben, dem Kampf aus dem Wege zu gehen.

Daher kann nur eine Klassenkampf-gewerkschaft im graphischen Gewerbe dem Unternehmertum solche provokatorischen Methoden abgewöhnen!

## Ans dem Betrieb Buxenstein

Nach Bekanntgabe des Lohnabbaues kamen im Betrieb Buxenstein die Lehrlinge der Abteilung Tiefdruck und Setzerei zu zwei Abteilungsversammlungen zusammen, um zu den Maßnahmen Stellung zu nehmen, die gegen das Vorgehen der Unternehmer getroffen werden könnten.

Es entwickelte sich eine sehr rege Diskussion. Man faßte den Beschluß, zwei Vertreter zu wählen, die sich zum Betriebsrat begeben und von ihm fordern sollten, daß er sich für die Zurücknahme des Lohnabbaues von 15 Proz. einsetze und im übrigen eine Jugendbelegschaftsversammlung einberufe. Der Betriebsrat lehnte dies ab und erklärte: „wenn wir die Lehrlinge zusammenfassen, dann nur, um mit ihnen über berufliche Fragen zu sprechen, denn Politik und Notverordnungen interessieren ja die Jugendlichen nicht. Außerdem gehört die Organisation einer Jugendversammlung nicht in meinen Ressort und der Unternehmer hätte hier die Möglichkeit mich zu entlassen.“

Die Frage der Notverordnung war auch die Frage des Lohnabbaues. Da die Jugendlichen von diesem ebenfalls betroffen waren, so war es nur recht und billig, wenn sie sich um ihre Verelendung kümmerten. Der reformistische Betriebsrat glaubte jedoch, wie sein Ausspruch besagt, daß die Jugendlichen sich um ihren Lohn nicht zu kümmern haben, sie haben für jeden Elendslohn ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen.

Daraus werden hoffentlich die Jugendlichen von Buxenstein eine Lehre ziehen und das Wesen des Reformismus erkennen und sich einreihen in eine reale Klassenkampf-gewerkschaft.

# Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

## Erwas über Betriebsratspflichten

In einem Betrieb war eine Vereinbarung über die Durchführung des Gedingverfahrens getroffen worden; die Stückzeiten für die Gedinge sollten auf Grund von Zeitaufnahmen ermittelt werden, bei denen ein fachkundiges Mitglied der Betriebsvertretung oder ein von der Betriebsvertretung benannter fachkundiger Vertrauensmann mitwirken sollte. Für die Mitwirkung bei den Zeitaufnahmen für eine bestimmte Gruppe von Arbeiten bestimmte der Betriebsrat die Betriebsratsmitglieder G. und K. Beide verweigerten die Mitwirkung. Auf einer daraufhin einberufenen Betriebsversammlung wurde auf Betreiben der Reformisten ein Protest angenommen, der den Betriebsrat aufforderte, die betreffenden Mitglieder zur Niederlegung ihres Amtes zu veranlassen oder gegen sie wegen gröblicher Pflichtverletzung nach § 43 der Betriebsräteordnung vorzugehen. Da die Betriebsratsmitglieder G. und K. die Amtsniederlegung verweigerten, stellten die in der Betriebsversammlung anwesenden Reformisten beim Arbeitsgericht den Antrag, beide Mitglieder gemäß § 39 BRG. wegen gröblicher Pflichtverletzung ihres Amtes zu entheben. Diesem Antrag wurde vom Arbeitsgericht — und auf die Beschwerde der Betroffenen — auch vom Reichsarbeitsgericht stattgegeben. Aus den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes ist folgendes belangvoll: Die Resolution sei nicht nur als Mißtrauensvotum anzusehen, sondern bringe deutlich das Verlangen nach Amtsentsetzung zum Ausdruck, falls die Betriebsratsmitglieder G. und K. bei ihrer Weigerung bleiben sollten. Gleichgültig ist, ob die Resolution schon in der Betriebsversammlung von mindestens einem Viertel der wahlberechtigten Arbeiter angenommen worden ist, denn jedenfalls ist dies nachträglich geschehen. § 78 Ziff. 2 BRG. legt dem Betriebsrat die Pflicht auf, bei der Lohnregelung (falls diese nicht tariflich geschehen ist) und namentlich bei der Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze oder deren Grundlagen im Benehmen mit den beteiligten Arbeitnehmerverbänden mitzuwirken. Dazu gehört auch die Festsetzung bei den Zeitaufnahmen, die als Unterlage für die Festsetzung der Gedingestückzeiten dienen sollen, eine Mitwirkung, die vorliegend außerdem noch ausdrücklich vereinbart war. Durch Mehrheitsbeschluss des Betriebsrates waren die Mitglieder G. und K. mit dieser Mitwirkung beauftragt worden. Danach hatten sie nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, ein Insbenedienstes mit den beteiligten Organisationen zu verlangen, durften aber die Mitwirkung nicht verweigern, wenn sie sich nicht in Widerspruch mit ihren gesetzlichen Betriebsratspflichten setzen wollten. Glaubten sie ihre Mitwirkung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, so blieb ihnen nur der Weg, ihr Betriebsratsamt niederzulegen. Solange sie das Amt beibehielten, waren sie gesetzlich zur Mitwirkung verpflichtet. Die Verweigerung der Mitwirkung stellt sich mit Rücksicht auf die mehrfache Aufforderung auch als eine gröbliche Pflichtverletzung dar. (RAG. B. 92/31. — 23. Dezember 1931.)

## Betriebsräte gegen Lohnsenkung

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der Eisenhütten hielt am 22. März eine große Versammlung ab, auf dem die Stellung der Betriebsräte zu der geplanten Beseitigung der bestehenden Tarife durch die Arbeitgeber eingehend erörtert wurde. Der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie hatte zum 31. März den Tarifvertrag gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne um 25 Proz. beantragt. Der Kongreß sprach sich einstimmig gegen eine Senkung aus und faßte einen dementsprechenden Beschluß.

## Ein ganz Gescheiter

In dem Hamburger Stadtteil Eilbeck betreibt eine Firma Runge den Bau wissenschaftlicher Waagen. Das ist nun weiter nichts Besonderes, etwas Besonderes ist aber, daß der Firmeninhaber auch den Wiederaufbau der Wirtschaft betreibt. Weniger vielleicht aus Liebe zu den Arbeitslosen, als vielmehr aus den bekannten Profitsüchten heraus. In einem schwungvollen Aufrufe wendet er sich an die Menschheit unter- und oberhalb der Elbe, und was in diesem Aufrufe steht, ist nicht von Pappe. Man lese:

„Achtung! Millionen gehen verloren durch die Nachlässigkeit, wenn Angestellte nur für den Chef arbeiten und nicht daran denken, daß ihre Arbeit ihr Brot sei. Können Sie leben, wenn Sie kein Brot haben? Darum sparen Sie für Ihre Firma und arbeiten intensiv. Dann kommen Sie vorwärts und Ihre Firma bleibt gesund. (Das glauben wir gerne.) Benutzen Sie nie für private Zwecke, was Ihrer Firma gehört. Seien Sie in kleinen Dingen gewissenhaft, damit Sie Großes erreichen!

Treue um Treue! Ihre Firma gibt Ihnen Arbeit und Brot, schenken Sie ihr die ganze Kraft. Draußen warten Hunderttausende, Sie zu ersetzen. Deren Arbeit will die Firma nicht. Darum seien Sie dankbar und treu und leisten ganze Arbeit.“

Dieser Kerl von Unternehmer ist eine ganz feine Marke. Er nennt seine Arbeiter nicht Arbeiter, sondern Angestellte. Die Arbeitslosen kann er wohl nicht verknusen, da er ihre Arbeit nicht haben will. Anscheinend ist er bange, daß die auf dem Straßenpflaster liegenden Arbeiter zu sehr von revolutionären Bazillen verseucht sind. Doch eins muß man dem Kerl lassen, er ist ehrlich in dem Moment, wo es sich darum handelt, recht viel aus den Knochen herauszuholen. Was seinesgleichen nur denken, spricht er ganz offen aus: Die Arbeiter möchten für die Firma sparen und ihre Arbeitskraft dem Unternehmer schenken. Umsonst, natürlich.

## Die Richtsätze der gehobenen Fürsorge werden ab 1. April wiederum gesenkt

Für alleinstehende Unterstützungsempfänger wird der Satz von 42,— RM auf 40,— RM monatlich gesenkt, für Ehepaare von 59,50 RM auf 57,50 RM. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Unterstützungssätzen.

## Die Arbeitsbeschaffung beginnt

Eine eindeutige Antwort auf die Arbeitsbeschaffungsheuchelei der Führer des ADGB.

In einer vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung der AEG. gab der Generaldirektor Büchner bekannt, daß die Entlassung von rund 14 000 Arbeitern und Angestellten im Laufe der nächsten Zeit notwendig sei — zur Anpassung an den allgemeinen Schrumpfungsprozeß mit eiserner Konsequenz.

Die gesamte Belegschaft soll auf 26 000 Mann reduziert werden; gegenwärtig beschäftigt die AEG. noch 40 000 Menschen.

Weiterhin wird bekannt, daß der Magistrat der Stadt Berlin, in dessen Führung ja die Sozialdemokraten maßgebend sind, zum 1. April bei der Straßenreinigung mindestens 10 Proz. der Belegschaft, also etwa 600 Mann, abbauen wird.

Desgleichen werden Entlassungen in der Gartenbauverwaltung vorgenommen. Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft wird von neuen Verkehrseinschränkungen und Entlassungen gesprochen.

Die bei der Verschmelzung der Danat mit der Dresdner Bank angekündigten Angestelltenentlassungen sollen gleichfalls durchgeführt werden. Ueber 2400 Angestellte werden den Abkehrschein erhalten.

Die Gewerkschaften haben sich mit diesem Abbau einverstanden erklärt und mit der Abwicklung der Entlassung geeinigt.

Der größte Teil der zur Entlassung Gelangenden soll ein kleines Schmerzensgeld erhalten.

Da die Finanzlage der Gemeinden im allgemeinen katastrophal ist, wird auch dort mit dem Abbau weiterer Arbeitskräfte zu rechnen sein.

Die Zahl der Arbeitslosen ist nach den Berichten der Reichsanstalt trotz der Frühjahrssaison gestiegen.

Trotz all dieser Tatsachen wagen die SPD-Führer noch von Arbeitsbeschaffung zu sprechen. Die Abstopfung von Entlassungen wäre doch zumindest das Wichtigste, wenn man von Arbeitsbeschaffung reden will.

## Was der Zwischenhandel verdient

Die „Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen“ hat auf Grund der Preise des vergangenen Jahres eine durchschnittliche Gegenüberstellung ausgearbeitet, die zeigt, welche Profite der Zwischenhandel mit Lebensmitteln einbringt.

	Der Landwirt erhielt:	Der Verbraucher bezahlte:
für 1 kg Butter . . . . .	2,51 Mark	3,85 Mark
für 1 Ei . . . . .	0,08,6 „	0,16,5 „
für 1 Ztr. Kartoffeln . . . . .	1,65 „	4,— „
für 1 dz Inlandgem. . . . .	10,— „	27,60 „
für 1 dz Inlandobst . . . . .	30,— „	56,30 „
für 1 Ztr. Fleisch . . . . .	77,22 „	117,96 „
für 1 Ltr. Milch . . . . .	0,15 „	0,27 „
für 100 kg Roggen . . . . .	17,60 „	für das entsprechende Brot 37,20 Mark.

Nach den Berechnungen der Reichsforschungsstelle erhält die Landwirtschaft (natürlich ohne Osthilfe und Subventionen) für ihre Produkte 12,5 Milliarden Mark, während die Verbraucher etwa 25 Milliarden Mark dafür bezahlen. Nach dieser Berechnung wird durch den Zwischenhandel jede Ware um das Doppelte verteuert und stecken die Zwischenhändler 12,5 Milliarden Mark Profit ein.

## Die nach China eingeführte Kultur

Einem Bericht einer englischen Studien-Kommission entnehmen wir folgendes:

„Furchtbar ist das Elend der Kinder in China.“

In den Baumwollwebereien schufteten die Arbeiterinnen in Lumpen gehüllt und heruntergekommen 12 Stunden täglich, manchmal auch 15—16 Stunden; ihre Kinder bringen sie mit. Diese müssen in der von Staub überschwängerten Atmosphäre Baumwolle sortieren, ja die größeren Kinder arbeiten sogar an Maschinen, die zu diesem Zwecke extra klein gebaut sind.

Auch in den Baumwollspinnereien bringen die Frauen ihre Kinder, selbst die Säuglinge, mit.

Die Kinder legen mit Hand an.

Je 2 Frauen werden von einem Kind bedient.

Die Kinder müssen in Bassins mit kochendem Wasser rühren und den Frauen die Seidenkokons zureichen.

Das Lastentragen ist zwar nach dem Gesetz Kindern unter 12 Jahren verboten, aber man sieht viele 12jährige, auch junge Mädchen, schwerste Lasten tragen. Auch die Frauen tragen Lasten; sie schleppen Lebensmittel, lebende Tiere, Baumaterialien, Eisenteile, Textilwaren usw. Immer sind sie im Trab. Auf den Flüssen sieht man Frauen als Schifferinnen, sie rudern die schwerbeladenen Boote und stehen dabei. Die Säuglinge haben sie auf den Rücken gebunden.

Oft sieht man wie dem schlafenden Kinde der Kopf seitlich herunterhängt, während die Mutter mit kräftigen Stößen das Ruder führt.

Der Lohn für die Kinder beträgt durchweg wenige Pfennige. An Kinderbörsen werden die jungen Arbeitskräfte verhandelt.

Es wurde festgestellt, daß die Agenten, die die Kinder nach Fabriken vermitteln, monatlich 4,— RM an die Eltern

abgeben. Dazu hat der Agent aber durch den Verdienst des Kindes einen monatlichen Reingewinn von 8,— RM für sich. Meist schlafen die Kinder in Lumpen gehüllt hinter Brettern, manchmal zwischen den Maschinen. Sie sind durchweg unterernährt.“

Von englischen Soldaten wird berichtet, daß Eltern und obdachlose Kinder sich an einer Mauer ein Zeit aus Lumpen machten und mit einem Hund zusammen kampferten — sie waren 5 bis 6 Jahre alt.

Erwartet eine Arbeiterin ein Kind, so darf sie 14 Tage lang aussetzen, Lohn oder eine Vergütung erhält sie nicht.

Dieser Bericht zeigt in wenigen Worten, unter welchen elenden Verhältnissen die Ausbeutung des chinesischen Proletariats bis zu den kleinsten Kindern erfolgt.

Wenn man bedenkt, daß die Webereien und Spinnereien vornehmlich Eigentum des japanischen, englischen und amerikanischen Kapitals sind und daß die imperialistischen Mächte, vornehmlich Japan, immer wieder die Notwendigkeit des Eingreifens zum Zwecke geordneter Verhältnisse in China betonen, so ist aus diesem Bericht zu ersehen, daß es ihnen nur darum geht, die billigen Arbeitskräfte Chinas für ihre Profitwirtschaft bis zum äußersten auszubeuten.

## China-Indien

Das Vorgehen des japanischen Imperialismus gegen China und der daraus entstandene Konflikt hat jetzt sich scharfe Formen angenommen, daß man, ohne zu übertreiben, behaupten kann, der neue Weltkrieg habe begonnen. Diese Wirren in China hat das Interesse für die Verhältnisse nicht nur Chinas, sondern ganz Asiens erweckt. Rege beschäftigt sich heute die deutsche Arbeiterklasse mit der Frage, welche Zustände in China und dem wesensverwandten Indien herrschen. Ganz besonders aber interessiert die Frage, in welchem Stadium sich die Arbeiterbewegung in diesen beiden Ländern befindet. Es sei festgestellt, daß infolge des wirtschaftlichen Güterausstausches und infolge der Gemeinsamkeit der Interessen der Bourgeoisie aller Länder eine solche innige Verflochtenheit der einzelnen Länder miteinander entstanden ist, daß die Erschütterung irgendeines kapitalistischen Staates sich unausbleiblich auf die anderen übertragen muß. China und Indien sind zwei Länder, die für die Existenz des Imperialismus Sein oder Nichtsein bedeuten. Beide Länder gehören zur Gruppe der Kolonial- bzw. Halbkolonialstaaten. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale beschäftigte sich eingehend mit der Frage der kolonialen Länder, und es dürfte interessant sein, klarzulegen, inwieweit die auf dem 2. Kongreß der III. Internationale festgelegten Grundsätze und Richtlinien durchgeführt worden sind. Dieser Vergleich ist deswegen notwendig, weil eine Betrachtung über die Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Asien, vornehmlich aber Chinas und Indiens, nur erfolgen kann in Verbindung mit der von der III. Internationale geleisteten Arbeit. Ist doch die III. Internationale die Internationale, die bisher als einzige Internationale sich ausschließlich für die Interessen des Weltproletariats und der unterdrückten Völker eingesetzt hat. Somit wird gleichzeitig festgestellt, wie gut oder schlecht die III. Internationale ihrer gestellten Aufgabe nachgekommen ist.

Die in China herrschende und Einfluß besitzende Massenorganisation ist die sogenannte Kuomintang, die politische Partei, in der so ziemlich alle Strömungen und Schattierungen der chinesischen Bourgeoisie vorhanden sind, und in deren Schlepptau sich noch viele Arbeiter und kleine Bauern befinden. Daneben bestehen noch eine Reihe von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, die aber infolge ihrer örtlichen Abgrenztheit keinen allzu großen Machtbereich besitzen. Diese Kuomintang gab als Ziel ihrer Bewegung an, die soziale und nationale Befreiung des chinesischen Volkes zu erstreben. Der Führer dieser Kuomintang war der berühmte General Tschiangkaischek, der es verstand, ähnlich wie die Sozialdemokraten und Faschisten in Deutschland, die werktätigen Massen Chinas für seine Zwecke einzufangen und zu mißbrauchen. Das ausschlaggebende seiner Parolen war die Phrase von der nationalen Befreiung. Und es ist ganz natürlich, daß sich die unaufgeklärte Masse der Arbeiter und kleinen Bauern Chinas, die sowohl von ihrer eigenen Bourgeoisie als auch von den Kapitalisten der anderen Länder bis zum Weißbluten ausgebeutet wurden und werden, für eine (angebliche) Befreiungsbewegung, die ihnen Erlösung aus ihrem schrecklichen Zustande verhieß, gewinnen ließen. Doch die Enttäuschung blieb nicht aus, und das Erwachen aus dem verhängnisvollen Traum war ein furchtbares. Als die Kuomintangbewegung einen riesenhaften Umfang erreicht hatte und Tschiangkaischeks Einfluß gesichert war, wurde ein rücksichtsloser Feldzug gegen alle wirklichen revolutionären Bestrebungen unternommen. Hatte man von seiten der Kuomintangführer im Anfang nicht gewagt, allzu scharf vorzugehen, so fiel diese Rücksichtnahme weg mit dem Augenblick, da Gefahr vorlag, daß die revolutionäre Bewegung überhandnehmen könne. Tausende von Proletariats- und kleinen Bauern wurden niederkartätscht und hingerichtet, weil sie es wagten, sich dem Willen Tschiangkaischeks zu widersetzen. Dieser grenzenlose Vernichtungskampf Tschiangkaischeks hat zwar nicht vermocht, alles revolutionäre Leben des chinesischen Proletariats zu töten, aber die Befreiungsbewegung wurde dadurch für längere Zeit vollkommen unterbunden. Lediglich in einigen Gebietsteilen Chinas vermochte sich die revolutionäre Bewegung, natürlich unter schwierigen Umständen, zu behaupten. Es sind dies die sogenannten Sowjetgebiete, die aber noch lange nicht das sind, was wir unter Sowjets verstehen. Die chinesische revolutionäre Freiheitsbewegung ist noch zu sehr unter dem Einfluß bäuerlicher, also kleinbürgerlicher Ideen, weil das chinesische Proletariat — eben wegen des Terrors, der durch Tschiangkaischek und dem von ihm verkörperten Kuomintangregime ausgeübt wird, es noch nicht vermochte, sich die Führerrolle im Befreiungskampfe anzueignen. Also: Die chinesische Arbeiterschaft besitzt noch nicht die Stärke und den Reifegrad, der ihr die Hegemonie über die anderen Schichten im Befreiungskampfe verleiht.

Schuld an diesem Zustand trägt die Vertrauensseligkeit des chinesischen Proletariats und seiner Führer, die allzu leicht auf die Worte eines Vertreters der Bourgeoisie vertrauten und diese Vertrauensseligkeit bitter und teuer bezahlen mußten. Welche Rolle hat nun aber die III. Internationale in diesem Geschehen gespielt und welchen Einfluß hat sie in China auf die Entwicklung ausgeübt? Dies soll in der nächsten Nummer unserer Zeitung dargelegt werden, und wir bitten die Kollegen, diese Artikelserie genau zu verfolgen, da die in Asien vorgehenden und vorgegangenen Ereignisse für alle Arbeiter von ungeheurer Bedeutung sind.

# Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstr. 11.

## Rationalisierung in der deutschen Groß-Schiffahrt

Die Weltwirtschaftskrise hat gerade in der Groß-Schiffahrt verheerende Folgen gezeitigt.

Da der Staat ein besonderes Interesse nicht nur an dem Bestand der Handelsflotte, sondern auch an der Qualität derselben hat, so trägt das Reichsverkehrsministerium sich mit dem Gedanken, eine Neuorganisation der Schiffahrtsgesellschaften in Deutschland mit dem Ziel der Vereinfachung des technischen Apparates sowie für Frachten und Passagier-Agenturen vorzunehmen. Natürlich soll diese Neukapitalisierung aus Mitteln des Staates erfolgen. Vor allen Dingen soll der Konkurrenzkampf der Schiffahrts-Union ausgeschaltet werden. Sehen wir doch heute noch den unsinnigen Wettbewerb zwischen den in Deutschland maßgebendsten Schiffahrtsgesellschaften, vornehmlich zwischen der Hapag und dem Lloyd. — Diese beiden beherrschen etwa 90 Prozent der deutschen Schiffahrt.

Man sieht die heftigste Konkurrenz dieser beiden Gesellschaften, trotzdem dieselben wirtschaftlich eine Einheit sind.

Das Zusammenlegen der Büros unter einheitlicher Leitung wäre ein Anfang zur Verbilligung des Apparates, die Generaldirektoren, die geradezu horrenden Jahresgehälter verschlingen und die heute in Hamburg sowohl wie in Bremen mit großem Kostenaufwand erhalten werden, könnten ohne wirtschaftlichen Schaden zusammengelegt werden. Dabei würde allerdings eine Anzahl dieser Herren überflüssig werden, und man könnte diese Ersparnisse den Arbeitern dieser Gesellschaften durch bessere Entlohnung zugute kommen lassen.

Aber auch die heute oftmals gleichen Touren der Dampfer dieser beiden Gesellschaften könnten planmäßig und ohne Leerlauf reguliert werden, um durch Gemeinschaftsdienst eine bessere Rentabilität zu gewähren.

Das Prestige der Großreedereien hat dieses jedoch bisher verhindert. Nun sollen unter Mitwirkung der Regierung sowohl von der Hapag wie vom Lloyd Betriebskommissionen eingesetzt werden, die eine entsprechende Rationalisierung durchführen sollen. Diese Rationalisierung wird jedoch, wie alle bisher dagewesenen, auf Kosten der Arbeitenden durchgeführt werden.

Für die schon angeführten unrentablen Linien leistet der Staat zur Zeit schon Subventionen. Die Schiffahrtsgesellschaften haben nun das Auskämmen der unrentablen Schiffe beantragt.

Die deutschen Reedereien haben zum Teil Schiffe gebaut, die wenige Jahre nach ihrer Indienststellung als veraltet zu betrachten waren, da sie den Anforderungen des Passagier- und Frachtenverkehrs in keiner Weise mehr genügten, d. h. den Reedereien infolge ihrer Bauart und Maschinenkonstruktion sowie Platzverhältnisse nicht mehr genügend Profit abwarfen. — Solche Fehlkonstruktionen sind in großer Anzahl vorhanden.

Die Ausschaltung dieser Schiffe, in Verbindung mit den überalteten, würde eine Verschrottung von ungefähr 300 000 t ergeben.

Mit diesen Maßnahmen würde wohl ein besserer Profit der Schiffahrtsgesellschaften erzielt, zugleich aber auch eine große Anzahl Seeleute in das Millionenheer der Erwerbslosen gestoßen werden.

Hier sehen wir, daß auf Kosten der Steuerzahler die Schiffahrtsgesellschaften sich sanieren, aber damit die Krise der Erwerbslosigkeit noch vermehren. Wann endlich wird dem Wahnsinn dieser kapitalistischen Profitwirtschaft ein Ende bereitet?

## Wem nützt das billige Reichsbankgeld!

Die Deutsche Reichsbank hat am Donnerstag — drei Tage vor der Wahl des Reichspräsidenten — ihren Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent ermäßigt. Man zählt also jetzt bei Wechseln ein Prozent weniger Zinsen. Diese „Preissenkung“ nützt gewiß der breiten Masse der Bevölkerung nicht der „Mann in der Straße“. Er denkt falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Schon in der vierten Notverordnung war Gelegenheit zu demselben Trugschluß. Dort war ein Zinssenkungszwang festgelegt. Der aber wirkte preisstärkend, denn er ermöglichte den Großagrariern, ihr Getreide billiger bei den Banken zu beileihen, die Großhändler konnten dasselbe mit ihren großen Warenvorräten tun, brauchten sie also nicht auf den Markt zu bringen. Tatsächlich konstatiert auch das Institut für Konjunkturforschung ein Anwachsen der Warenvorräte, während sich das Elend der großen Masse untragbar steigert. Die Senkung des Reichsbankdiskontes wird — gewollt oder ungewollt — dieselbe Wirkung ausüben. Dabei spielt keine Rolle, daß jetzt auch die Banken etwas weniger Zinsen verlangen (zumal das eine Prozent auf dem Wege von der Reichsbank bis zum Darlehensnehmer sich zu einem Bruchteil verkrümelt), denn der Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft stellt fest, daß die Kleinkredite nur 21,2 Prozent der gesamten Kredite ausmachen. Aber vor den Wahlen mußte man dem verelendeten Mittelstand noch einmal schnell das Trugbild eines von oben herab — diesmal von der Reichsbank — verordneten billigen Geldstandes vorgaukeln.

## Kritik der reinen Unvernunft

Wenn die Menschen nicht genug verdienen, um all die hergestellten Waren kaufen zu können, dann entläßt man weitere Arbeiter und vermehrt das Heer der Arbeitslosen. Man bezeichnet das mit dem Schlagwort:

„Ankurbelung der Wirtschaft.“

Die Hausfrau freut sich, wenn sie einen Staubsauger bekommt, daß sie nur halb so lange zu arbeiten braucht und doch das gleiche schafft wie früher. Bekommt aber die Wirtschaft eine arbeitsparende Maschine, dann arbeitet man ebensolange wie früher und entläßt die Hälfte der Arbeiter. Man nennt das:

„Angewandte Rationalisierung.“

## Weiter abwärts in der Krise

Mit seinem neuesten, bis Ende Februar reichenden Bericht über die konjunkturelle Entwicklung der letzten Monate kommt das Institut für Konjunkturforschung sowohl für die weltwirtschaftliche Lage wie für die Lage in Deutschland zu dem Ergebnis, daß nirgendwo tatsächliche Besserungserscheinungen zu vermerken sind. In Deutschland wurden im Januar 1932 die Fabrikationsanlagen nur zu 40 Prozent der Arbeiterstunden-Kapazität ausgenutzt, und wenn man die saisonabhängigen Gewerbe mit berücksichtigt, sogar nur zu 33 Prozent. Seit Oktober vorigen Jahres ist eine weitere Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit um 10 bis 15 Prozent eingetreten. Gegenwärtig werden in Deutschland nur ebensoviel Waren produziert, wie im Jahre 1897, während sich die industrielle Weltproduktion noch um etwa 7 Prozent über dem Vorkriegsstand hält.

Die katastrophalen Krisenfolgen für die werktätige Bevölkerung zeigen sich an einem weiteren Milliardenverlust an ihrem Arbeitseinkommen. Selbst das Konjunkturinstitut spricht von einer „gefährlichen und beängstigenden“ Einkommensverminderung. Gegenüber dem letzten Vierteljahr 1930 ist das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Monaten Oktober—Dezember 1931 um 1,7 Milliarden, von 9½ auf 7,8 Milliarden gesunken. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist sogar ein Riesenverlust um 25 bis 30 vom Hundert beim Arbeitseinkommen zu verzeichnen. Am schwersten sind wiederum die Industriearbeiter betroffen worden. Ihr Einkommen war im vierten Vierteljahr 1931 um 25 Prozent geringer als im vierten Vierteljahr 1930.

Bereits jetzt schätzt das Konjunkturinstitut, daß im ersten Vierteljahr 1932 das Arbeitseinkommen der werktätigen Bevölkerung auf etwa 6,5 Milliarden sinken wird, das heißt gegenüber dem letzten Quartal des Vorjahres noch einmal um 1,3 Milliarden Mark.

Das sind, wie gesagt, die Feststellungen, die eine amtliche Institution trifft. Und es bedarf kaum noch einer weiteren Kennzeichnung dieser Tatsachen. Gerade die Tiefe der Krise veranlaßt die herrschende Klasse zu immer neuen großen Angriffen sowohl auf den Lohn wie auf das Unterstützungswesen, um einen Ausweg zu suchen. Der Bericht des Instituts, dessen Leiter der Professor Wagemann ist, proklamiert den „Kampf gegen die Deflation“, was auf eine Unterstützung der inflationistischen Tendenzen hinausläuft, die ja in den Kreisen aller politischen Parteien, von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis immer mehr an Raum gewinnt. Es ist der Weg, auf dem man die Preise in die Höhe treiben und gleichzeitig die Löhne senken will. Aber auch das wird keinen Ausweg aus der Krise, wohl aber eine neue Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen nach sich ziehen.

## Wie sie „abrüsten“

Aus London wird berichtet:

Der englischen Heeresleitung ist die Erfindung eines Scheinwerfers gelungen, von dem man sich große Erfolge in der Abwehr von Fliegerangriffen verspricht. Es handelt sich um einen Lichtapparat, der Muster an den Himmel wirft, so daß das Flugzeug ebenso visiert werden kann, wie Artillerieziele in Kartenfeldern zerlegt werden können.

Der Hauptvorzug des Riesenscheinwerfers besteht darin, daß die Geschwindigkeit, Höhe und Flugrichtung des Flugzeuges innerhalb einer Minute nach Erfassung von Lichtstrahl errechnet werden kann. Das Strahlmuster besteht aus einem Quadrat, welches durch sich kreuzende Linien in 16 weitere Quadrate geteilt wird. Das hierdurch am Himmel entstehende Gitter hat die Wirkung, den Flugzeugapparat auffällig sichtbar zu machen, wenn er aus dem Dunkel in die hellen Linien kommt, und ferner zu gestatten, daß die Abwehrgeschütze mit mathematischer Genauigkeit eingestellt werden können, sobald der Flieger zwei Linien gekreuzt hat. Hiervon abgesehen, kann der Pilot den flach gehaltenen Strahl weder beim Hineinkommen bemerken, noch aus demselben herauskommen.

Die Lichtstärke des aus 300 parallel gerichteten Einzelstrahlen bestehenden Strahles besteht aus drei Milliarden Kerzenstärken, wobei der Kraftverlust sich auf nur 5 Prozent beläuft. Der Apparat ist auf einen Lastwagen montiert, der den Strom liefert und der Fortbewegung dient. Alle Bewegungen werden mit nur einem Hebel ausgelöst. Die Kraft des Strahles kann man daraus ersehen, daß man in einer Entfernung von acht Kilometer noch in seinem Licht Zeitung lesen kann. Ein mit sechs dieser Flachstrahl-Scheinwerfer versehenes Kriegsschiff vermag den ganzen Horizont zu beleuchten und die feindlichen Schiffe völlig zu blenden. Die englische Presse bezeichnet den neuen Scheinwerfer als die bedeutendste Erfindung der Nachkriegszeit. Bei den Prüfungen des Kriegsministeriums konnten Flugzeuge noch in 4500 Meter Höhe gefunden werden.

## Arbeiter, euer Geld

Im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte befindet sich folgende, die Arbeiterbank betreffende Eintragung:

„Die Aufsichtsratsitzung fand im Bundeshaus des ADGB statt. Anwesend vom Aufsichtsrat waren (folgen die Namen).“

Dem Antrag des Finanzausschusses, den Prokuristen Stefens ab 1. Januar 1932 als stellvertretendes Vorstandsmitglied in den Vorstand zu wählen und sein Jahresgehalt auf 24 000 RM festzusetzen, wird zugestimmt.“

Berlin, den 30. Oktober 1931.

gez. Leipart, Vors. gez. Schweinitz, Schriftf.

## Wie der „Vorwärts“ seine Leser einschätzt

Vierzehn Tage vor Weihnachten brachte der „Vorwärts“ eine gesundheitliche Vorsichtsmaßregel, in der es heißt:

„Noch eine Mahnung ist um diese Zeit am Platze. — Gar manche Menschen glauben, zu den Festtagen gehört unumgänglich allabendlich auch ein gewaltiges Festmahl mit fetten Gerichten, schweren Weinen und starken Zigarren.“

Uns liegt nichts ferner als unseren Lesern die Festfreuden irgendwie beeinträchtigen zu wollen, indessen, man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen überladenen Magens doch nicht allzusehr auf die leichte Achsel nehmen.“

Der „Vorwärts“ bezeichnet sich noch als Arbeiterblatt. Diese Mahnung ist angesichts der 6 Millionen Erwerbslosen mit ihren Familien, aber auch der noch in Arbeit Stehenden, die durch die Tolerierungs- und Tarifpolitik der „Vorwärts“freunde sich kaum an gewöhnlichen Lebensmitteln satt essen können, eine ungeheure Verhöhnung. Angebracht erscheint diese Mahnung für das Geschmeiß der Brolat, Sklarck und Konsorten, all diejenigen, die auf Kosten der Arbeitenden und Arbeitslosen Gehälter und Diäten beziehen, durch die sie sich mit fetten Gerichten und schweren Weinen herumzuplagen haben; der Arbeiterklasse gilt diese Vorsichtsmaßregel nur als Verhöhnung.

## Die Waage der Gerechtigkeit

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stand ein 29-jähriger bisher nicht vorbestrafter Kommunist Hans Schwartz. Man hatte bei ihm einen geschliffenen Brieföffner gefunden. Sch. gab an, ihn zu seinem Schutze mitgebracht zu haben, da er schon des öfteren überfallen worden sei.

Das Gericht verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis.

Wir sind äußerst gespannt, wieviel Jahre Gefängnis diejenigen erhalten werden, bei denen man nach dem Polizeibericht Severings Maschinengewehre, Gewehre und Sprengstoffe fand. Allerdings waren es nicht Kommunisten, sondern Nazis. —

## Devisen und Valuten

Unter Hinweis auf unseren vorigen Artikel in der Zeitung Nr. 6 des „BRIV“ behandeln wir diesmal die Valuten.

Nicht immer werden alle Auslandszahlungen durch Devisen geleistet. Ein Teil der Zahlungen erfolgt in Gold oder in Goldmünzen oder in anderen vom Ausland genommenen Werten. Diese direkt ausgetauschten Münzen und Geldsorten führen den Handelsnamen Valuten (Dollars, Pfund usw. sind also Valuten und nicht Devisen, Valuten werden nicht verzinst wie die Devisen). Die Valuten werden vom Auslande nicht immer zum gleichen Preise genommen, sie haben ihren Kurs, den Valutenkurs. Auch die Devisen haben ihren Kurs und werden an den Börsen gehandelt. Zwischen den Hauptorten zweier Länder mit verschiedener Währung, z. B. Berlin und New York, besteht also ein internationaler Wechselkurs. Die Devisen oder die Auszahlung New York hat an jedem Tage ihren bestimmten Kurs in Berlin und umgekehrt die Devisen Berlin in New York.

Normalerweise, d. h. bei stabilisierten Währungs-, Kredit- und Wirtschaftsverhältnissen, sind die Kursschwankungen geringe. Hat Berlin mehr Zahlungen nach New York zu leisten als umgekehrt, so ist die Devisen New York in Berlin gesucht und steigt, während die Devisen Berlin in New York fällt. Andererseits umgekehrt. Dauert der Zustand an, daß die Devisen Berlin fällt, so wird von Berlin bzw. aus dem Goldschatz der Reichsbank Gold nach New York abfließen. Würde aber die Reichsbank dem freien Spiel der Kräfte ruhig zusehen, so müßte sie einen großen Teil ihres Goldschatzes einbüßen. Daraufhin müßte die Ausgabe von Banknoten in Deutschland eingeschränkt und der inländische Zahlungsverkehr empfindlich gestört werden, sollen nicht das Deckungsverhältnis der Banknoten gefährdet werden und inflatorische Verhältnisse einreißen.

Die Abwehrmaßnahmen, die die Reichsbank gegen eine Störung der Devisennotierung in Berlin anwendet, nennt man die Devisenpolitik der Notenbank. Steht aber der Devisenkurs eines Landes dauernd schlecht, so wirkt das auf den Stand der heimatischen Währung zurück, so sinkt die Valuta des Landes, und die Wertverminderung des heimischen Währungsgeldes trifft alle Einfuhren schwer. Als die Währungsverhältnisse in Deutschland im Zusammenhang mit dem Bankenkraus unklar wurden, stellte das Ausland ganze Importe nach Deutschland ein, weigerte sich jedenfalls, Bezahlung gegen Mark anzunehmen. Eine Einstellung notwendiger Importe zerrüttet aber die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes. Besonders verhängnisvoll ist ein ständiges Schwanken der Valuten und Devisenkurse, da es die ganze Volkswirtschaft mit unberechenbaren Verlusten bedroht.

Weiterer Artikel folgt in der nächsten Nummer der Zeitung. (Die Redaktion.)

## Bekanntmachung

Um jeglichen Irrtum für die Mitglieder zu vermeiden, weisen wir darauf hin, das zu den Generalversammlungen der dem BRIV. angeschlossenen Organisationen außer den eigenen Mitgliedern nur die mit einer Legitimationskarte versehenen Bundesrats- und Bundesvorstandsmitglieder als Gäste Zutritt haben.

## Versammlungskalender

Berlin. Jeden Mittwoch nach dem 15. (im April am 20.).  
Lichtenberg, Hauptstr. 87 (Poczonteck)

Köpenick. Jeden Montag nach dem 15. (im April am 18.).  
Köpenick, Rosenstr. 11 (Augustin).

Woltersdorf. Jeden 1. Dienstag im Monat (im April am 5.).  
Rüdersdorf, Brückenstr. 1 (Rusch).

Niederlehme. Jeden Freitag nach dem 15. (im April am 22.).  
Niederlehme, Neue Mühlen Straße, Ecke Bismarckstraße.

Potsdam. Jeden 2. Dienstag im Monat (im April am 12.).  
Potsdam, Alte Königstr. 27 (Wüstenhagen).

Fürstenberg. Jeden 1. Freitag im Monat (im April am 1.).

Kremmen. Jeden Montag vor dem 15. (im April am 11.).

Am 6. März 1932 verstarb im Alter von 41 Jahren infolge schwerer Lungenentzündung und Herzschwäche der Kollege

Karl Schwarz

aus Halle.

Ehre seinem Andenken.

Industrie-Gruppe, Staat und Kommune  
Bezirk Halle.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 13. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 23.